

## EINLADUNG

### 20. Öffentliche Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung

---

**Sitzungstermin:**                    **Mittwoch, 25.01.2023, 17:30 Uhr**

**Raum, Ort:**                        **BVV-Saal, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin**

---

#### Tagesordnung

- 1     Begrüßung und Feststellung der Tagesordnung
- 2     Annahme offener Niederschriften 18. Sitzung
- 3     Mitteilungen der und Fragen an die Verwaltung
- 4     Vorstellung und Sachstand Masterplan Hertzallee Sen SBW
- 5     Kulturstandort und Erholungsfläche am Fasanenplatz                    **0202/6**  
      CDU-Fraktion
- 6     Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen                    **0361/6**  
      Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 7     Per Express in die City-West    **0366/6**  
      SPD-Fraktion
- 8     Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr                    **0368/6**  
      Aufenthaltsqualität umgestalten  
      SPD-Fraktion  
      *(Stadt m., OrdV ffd.)*
- 9     Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk -                    **0371/6**  
      Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!  
      Fraktion DIE LINKE
- 10    Verschiedenes

## 11 Nichtöffentlicher Teil: Sachstand WOGA Komplex

Im Falle der Verhinderung wollen Sie die Einladung bitte Ihrer Vertreterin bzw. Ihrem Vertreter zusenden oder Ihr Fraktionsbüro benachrichtigen.

Fenske  
Ausschussvorsitzender

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag

CDU-Fraktion

Häntsch/Stückler/Fenske

TOP-Nr.:

**Antrag****DS-Nr: 0202/6**

Beratungsfolge:

*Datum*            *Gremium*

BVV

**Kulturstandort und Erholungsfläche am Fasanenplatz**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, für das Gebiet innerhalb des Fasanenplatzes, der Meierottostraße, der Bundesallee und der Schaperstraße einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan zu fassen, der das Gebiet als Kulturstandort und Erholungsfläche für die Öffentlichkeit ausweist, und in dem ausschließlich die baulichen Bedarfe der Bar jeder Vernunft, des Festspielhauses und der Universität der Künste im gegenseitigen Einvernehmen und unter Beteiligung der Bürgerinitiative Fasanenplatz festgelegt werden.

Der BVV ist bis 31.12.2022 zu berichten.

Begründung:

Grünflächen und verkehrsfreie öffentliche Räume gewinnen aufgrund der fortschreitenden baulichen Verdichtung des Bezirks zunehmend an gesellschaftlich-ökologischer Bedeutung. Nur mit einer einvernehmlichen Neugestaltung des Raumes zwischen dem Festspielhaus und des ehemaligen Joachimsthalschen Gymnasium kann die Zukunft der Bar jeder Vernunft, des Festspielhauses und der Universität der Künste gesichert werden.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Kempf/Weise/Chen/Balkow

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0361/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einführen**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt ein Monitoring zur Schaffung von Spielplatzflächen einzuführen, die im Rahmen von städtebaulichen Verträgen oder nach der Berliner Bauordnung zu schaffen sind und sich bei den zuständigen Senatsverwaltungen dafür einzusetzen, dass den Bezirken im Zuge der Novellierung der BauO Bln für die Abnahmen und dauerhaften Kontrollen entsprechende Personal- und Sachmittel zur Verfügung gestellt werden.

Der BVV ist bis zum 31.03.23 zu berichten.

Begründung:

Der Versorgungsgrad mit Spielplatzflächen weist nach dem Richtwert des Berliner Kinderspielplatzgesetzes in allen Bezirken ein erhebliches Defizit aus.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
SPD-Fraktion  
Sempff/Kaufmann/Dr. Tesch

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0366/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Per Express in die City-West**

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in der 2023 beginnenden Erarbeitung des neuen Landesnahverkehrsplan Berlin dafür einzusetzen, dass die Buslinie X9 oder eine neue Express-Buslinie mit einer vergleichbaren Routenführung, die mindestens den U-Kurt-Schumacher-Platz, die Urban Tech Republic, den Bahnhof Jungfernheide, den U-Mierendorffplatz, den U-Richard-Wagner-Platz, den U-Ernst-Reuter-Platz und den Bahnhof Zoo in einem hochfrequenten Takt miteinander verbindet, wieder eingesetzt wird. So ist auch eine barrierefreie Fahrt mit dem ÖPNV aus Charlottenburg-Nord in die City-West wieder möglich.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

**Begründung:**

Für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez war die Buslinie X9 jahrelang die direkte Expresslinie in die City-West. Schnell, barrierefrei und ohne Umstieg zum Bahnhof Zoo zu gelangen, erfüllte für die Bürger:innen eine wichtige Funktion. Mit der Schließung des Flughafen Tegel wurde die Linie X9 jedoch eingestellt. Aktuell führt der Weg in die City-West für die Einwohner:innen von Charlottenburg-Nord und dem Mierendorff-Kiez entweder mit der U-Bahn mittels Umstieg am nicht-barrierefreien U-Bismarckstr, mit der S-Bahn via Westkreuz oder mit der wesentlich längeren Busfahrt mit der Buslinie 109. Wir fordern deshalb, dass der X9er oder eine vergleichbare Express-Buslinie wieder eingesetzt wird.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
SPD-Fraktion  
Sempff/Kaufmann/Dr. Tesch

<b>TOP-Nr.:</b>
-----------------

**Antrag****DS-Nr: 0368/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Den Bahnhof Jungfernheide und seine Vorplätze für mehr Aufenthaltsqualität umgestalten**

Die BVV möge beschließen:

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, sich in Zuge einer zukünftigen Sanierung des Bahnhofs Jungfernheide und seiner Vorplätze an der Olbersstraße und Max-Dohrn-Straße im gemeinsamen Prozess mit dem Senat, der Deutschen Bahn und der BVG für eine Neugestaltung einzusetzen, die folgende Punkte berücksichtigt:

Das Bahnhofsgebäude soll so verändert werden, dass enge, verwinkelte und schlecht einsehbare Räume aufgelöst werden und Fahrgästen eine bessere Orientierung ermöglicht wird. Das schließt die räumliche Platzierung von Gewerben und Informationstafeln ein. Die lange und enge Passage unter der Bahntrasse soll breiter und offener- sowie besser einsehbar ausgestaltet werden.

Der Bahnhofsvorplatz an der Olbersstraße soll räumlich offen gestaltet werden. Vor allem der schlecht einsehbare und schlecht beleuchtete Weg entlang der Kita und der Kleingärten soll in seiner jetzigen Form nicht mehr existieren. Der Zugang zum Bahnhof soll von der Olbersstraße über einen offen gestalteten Vorplatz ermöglicht werden. Hohe Aufenthaltsqualität soll hergestellt werden. Dazu gehören Sitzgelegenheiten, ausreichend Mülleimer und entsiegelte Flächen mit Stadtgrün. Der Spielplatz und der Bolzplatz sollen erhalten bleiben. Der Platz soll zu jeder Tageszeit gut ausgeleuchtet sein. Für die Müllcontainer, die von den Gewerben im Bahnhofsgebäude genutzt werden, soll es ein geschlossenes Häuschen geben, damit Schädlinge nicht mehr den Platz belasten.

Am Ausgang Max-Dohrn-Straße soll eine geeignete Lösung für die Bushaltestelle sowie die künftig entstehende Endhaltestelle der Tram gefunden werden, die die Passagierströme aus dem Bahnhof intelligent lenkt und in einem Wartebereich mit ausreichend

Platz und Aufenthaltsqualität mündet. Der unmittelbare Ausgangsbereich soll so umgestaltet werden, dass sich Passagiere, die auf die nächste Bahn warten oder eine Reisepause einlegen, dort gerne aufhalten.

Im Gesamtkonzept soll geprüft werden, an welchen Orten öffentliche WCs am sinnvollsten platziert werden können.

An beiden Ausgängen sollen ausreichend überdachte Fahrradstellplätze geschaffen und gestalterisch gut eingebunden werden. Ein Fahrradparkhaus an der Max-Dohrn-Str. ist zu prüfen.

Bei der Ausgestaltung sollen die Bürger:innen früh beteiligt werden.

Wir fordern das Bezirksamt dazu auf, die in diesem Antrag genannten Maßnahmen, deren Umsetzung bereits vor dem Gesamtumbau des Bahnhofs möglich sind, zügig umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.04.2023 zu berichten.

### Begründung:

Der Bahnhof Jungfernheide ist in seiner Gestaltung ein Relikt aus städte- und verkehrsplanerisch längst vergangenen Tagen. Weder das Bahnhofsgebäude noch seine Vorplätze weisen derzeit eine nennenswerte Aufenthaltsqualität auf. Wir fordern, dass diese Missstände baulich behoben werden und der Bahnhof Jungfernheide endlich in seiner Gestaltung seiner Rolle als regionaler Verkehrshub gerecht wird.

**Drucksachen**

der Bezirksverordnetenversammlung  
Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin  
6. Wahlperiode

**Ursprung:** Antrag  
Fraktion DIE LINKE  
Grunde-Brunner/Juckel

TOP-Nr.:
----------

**Antrag****DS-Nr: 0371/6**

Beratungsfolge:

<i>Datum</i>	<i>Gremium</i>
BVV	

**Mehr Schulen, Grünflächen und Freizeiteinrichtungen für den Bezirk –  
Soziales Infrastruktur-Konzept (SIKo) erstellen!**

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird beauftragt, umgehend den bereits 2017 beschlossenen „Bezirksentwicklungsplan Soziale Infrastruktur“ (DS 0183/5) für den Bezirk zu erstellen, um den (wachsenden) Bedarf an Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Bibliotheken, Spielplätzen, Grünflächen und kulturellen sowie generationenübergreifenden Begegnungsräumen gerecht zu werden.

Das Bezirksamt wird aufgefordert, das Soziale Infrastruktur-Konzept (SIKo) für Charlottenburg-Wilmersdorf und daraus resultierenden Bedarfe in die nächste Investitionsplanung des Bezirks aufzunehmen und fortlaufend in einer Flächen- und Maßnahmenplanung fortzuschreiben.

Der BVV ist bis zum 30.09.2023 zu berichten.

Begründung:

Die Aufstellung des SIKo wird vom Bezirksamt seit Jahren hinausgezögert. Zuletzt wurde die Fortschreibung eines nicht veröffentlichten und nicht mehr aktuellen Entwurfs auf den Zeitraum 2020/21 festgelegt. Dies wird der dynamischen Entwicklung des Bezirks nicht gerecht.

Die wachsende Bevölkerung im Bezirk erfordert die umgehende Aufstellung eines solchen Konzepts zur Sicherstellung einer bedarfsgerechten Planung. Beispielsweise die Planung rund um die Mierendorff-Insel zeigt die Notwendigkeit eines SIKo, das bisher verschleppt wurde. Es fehlen dringend notwendige Flächen für soziale und grüne Infrastruktur. Der Zuzug Tausender Menschen erfordert Flächen für Nachbarschaftszentren, Begegnungsräume für Jung und Alt, Schulen und Kitas, Kultur- und Grünflächen.